

Interview: „Aufstand letzte Generation“

Thielko Griebß im Gespräch mit Aimée van Baalen, Pressesprecherin „Aufstand letzte Generation“

"Informationen am Morgen", 21.2.2022, 6:50 Uhr

Thielko Griebß: Es gibt in Deutschland inzwischen eine recht breite Klimabewegung. Eine kleine Teilbewegung dieser Klimabewegung nennt sich „Aufstand der letzten Generation“. Aktivistinnen und Aktivisten dieser „Letzten Generation“ haben etliche Male zum Beispiel Autobahnen blockiert, darunter die A100 in Berlin. Andere containern regelmäßig, sammeln noch essbare Lebensmittel, zum Beispiel aus Containern von Supermärkten. Beim Versuch, diese Lebensmittel dann zu verschenken, ist einige Male die Polizei eingeschritten, so etwa in Freiburg oder auch in Berlin, denn Containern ist in Deutschland verboten.

Die Letzte Generation fordert unter anderem ein Gesetz, das Containern erlaubt, das Lebensmittelverschwendung reduziert, und sie fordert überwölbend ein schnelles und radikales Handeln in der Klimapolitik, um den Klimawandel zu stoppen, denn ihre Generation sei die letzte, die dazu noch in der Lage sei. Wenn nichts geschehe, sei später alles zu spät. - Am Telefon ist Aimée van Baalen, Sprecherin dieser Letzten Generation. Guten Morgen!

Aimée van Baalen: Guten Morgen.

Griebß: Sie haben Bundeskanzler Olaf Scholz ein Ultimatum gestellt. Das lief gestern Abend aus. Der sollte, so hatten Sie gefordert, auf Ihre Forderungen eingehen. Haben Sie eine Antwort erhalten?

Van Baalen: Nein, leider bisher immer noch nicht. Das wird dann auch zu Konsequenzen führen und dazu führen, dass wir uns weiterhin dafür einsetzen und die Infrastruktur leider noch stärker stören müssen, um eine vier Grad wärmere Welt zu verhindern.

Griebß: Welche Infrastruktur wollen Sie stören?

Van Baalen: Die von Häfen und Flughäfen, auch symbolisch, weil wir da immer noch unglaublich viele Emissionen ausstoßen und das so nicht weitergehen kann, wenn wir den Klimakollaps aufhalten wollen.

Grieß: Bisher haben Sie Autos auf Autobahnen in den Weg gestellt. Wollen Sie sich jetzt Flugzeugen in den Weg stellen?

Van Baalen: Wir wissen noch nicht genau, wie wir es angehen wollen, beziehungsweise kann ich das jetzt auch noch nicht so sagen. Aber man wird es auf jeden Fall in den nächsten Tagen in den Nachrichten sehen.

Grieß: Sie könnten schon, aber ich glaube, Sie wollen nicht, oder?

Van Baalen: Ja.

Grieß: Es ist illegal, in Flughäfen einzudringen und den Flugverkehr zu stören. Stört Sie das nicht?

Van Baalen: Natürlich! Ich würde super gerne andere Wege wählen, aber wir haben schon jeden anderen Weg versucht. Wir haben jahrelang Petitionen unterschrieben. Wir haben jahrelang auf der Straße gestanden und vom Straßenrand aus demonstriert und das hat leider nicht zu den Ergebnissen geführt, die wir dringend brauchen, um die Menschen vor dem Klimakollaps zu retten und Massenflucht, soziale Unruhen und möglicherweise sogar Krieg zu verhindern.

Grieß: Wollen Sie die Bundesregierung erpressen?

Van Baalen: Nein, so würde ich das nicht sagen. Was wir fordern, steht ja im Koalitionsvertrag und es steht auch im Grundgesetz, dass sie eigentlich dafür zuständig sind, unsere Lebensgrundlagen zu sichern. Solange das nicht gegeben ist, sind wir der Meinung, machen sie ihren Job nicht und wir erinnern sie bloß daran, dass es eigentlich von Grund auf ihre Aufgabe ist zu verhindern, dass wir großes Elend erfahren.

Grieß: Im Grundgesetz steht allerdings auch, wie der politische Prozess in Deutschland organisiert ist: parlamentarisch, Parteien, Sie können auch Vereine gründen und sonst irgendwie am politischen Prozess teilnehmen. Von Blockaden von Autobahnen und Flughäfen steht da aber nichts.

Van Baalen: Ja, das stimmt. Aber da steht auch, dass unsere Lebensgrundlage gesichert werden muss, und wenn wir alle in eine Zukunft blicken, die absolut katastrophal ist, dann sehen wir leider keine andere Möglichkeit, als diese Mittel auszuschöpfen und auch irgendwo dieses Leid dann auf uns zu nehmen. Für uns ist es ja auch nicht schön, dafür verurteilt zu werden und auf der Straße zu stehen. Wir haben auch andere Sachen zu tun, die wir viel lieber machen würden.

Grieß: Wir haben zum Beispiel in Brüssel und Kanada gesehen, dass sich Trucker auf die Straße gestellt haben mit ihren Trucks, weil sie eine bestimmte Politik ablehnen, in dem Fall die Corona-Politik in Kanada. Sie setzen sich auf die Straße, weil Sie eine bestimmte Politik ablehnen. Wenn das alle so machen, dann herrscht demnächst auf der Straße das Gesetz der Straße.

Van Baalen: Ich glaube, da muss man stark differenzieren. Wir machen das, weil wir das auf wissenschaftlichen Grundlagen beruhende Unheil, was uns allen bevorsteht, abwenden wollen und weil wir das einfordern von der Politik – ein Versprechen, das uns schon gegeben wurde. Bei den Protesten gegen die Corona-Politik ist das etwas völlig anderes.

Grieß: Radikale wähnen sich immer im Recht, weil sie glauben, sie seien die einzigen, die die Lage gecheckt hätten, und deshalb berufen sie sich auf Notwehr und sie glauben, dieses Recht auf Notwehr zu besitzen. Sind Sie radikal?

Van Baalen: Nein, das würde ich auch nicht sagen. Wie gesagt, wir fordern das ein, was uns sowieso versprochen wurde von der Politik, was uns seit Jahren versprochen wird, wo wir keine Ergebnisse sehen. Es sind ja auch nicht unsere Grundlagen, auf denen wir das machen. Wir haben Schellnhuber, der selber sagt als einer der renommiertesten Wissenschaftler Deutschlands ...

Grieß: Der Klimaforscher vom Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung.

Van Baalen: Genau! Und er sagt selbst: Wir sind dabei, unsere Kinder in einen Schulbus zu setzen, der mit 98-prozentiger Wahrscheinlichkeit verunglückt. Wie können wir das weiter hinnehmen und dann immer noch die Augen davor verschließen, welche politischen Maßnahmen eigentlich gerade nötig sind, um das zu verhindern.

Grieß: Sie haben sich organisiert, aber Sie sind ja nur eine verhältnismäßig kleine Gruppe, einige Dutzend, so habe ich das verstanden, in etlichen Städten

in Deutschland, also weit davon entfernt, eine Mehrheit zu sein. Ich habe noch nicht richtig verstanden, wie Sie das erreichen wollen. Mehrheiten organisieren, glaube ich, wollen Sie nicht?

Van Baalen: Wir berufen uns auf Mehrheiten. Unsere zweite Forderung nach einer Agrarwende ist zum Beispiel vom Bürgerrat Klima ausgearbeitet, den nachweislich 80 Prozent der Bürger*innen unterstützen und mit dessen Forderungen diese Bürger*innen einhergehen. Und wir sind auch dabei zu wachsen. Unsere Gruppe wird größer.

Grieß: Ich habe den Eindruck, dass Teile der Klimabewegung immer radikaler werden. Vielleicht ist das auch an Ihren Protesten abzulesen. Sie blockieren Infrastruktur. Wo soll das enden?

Van Baalen: Wir ziehen ganz klar eine Linie, wenn es um Gewalt geht. Das werden wir nicht tun, haben wir nie vorgehabt, da irgendwelchen Menschen Schaden beizufügen, der körperlich ist oder sogar verbal. Das ist auf jeden Fall ein Punkt, wo wir nicht mitgehen.

Grieß: Bleiben wir noch mal bei den Staus, die Sie produziert haben, zum Beispiel auf der Autobahn. Autos, die im Stau stehen, mal abgesehen davon, dass die eine Menge CO2 produzieren; da stehen Leute im Stau, die irgendwo hinwollen, Termine haben. Manches davon ist vielleicht auch wirklich wichtig. Sie wollen ins Krankenhaus zu ihren Angehörigen. Es sind verschiedene Anlässe denkbar. Das ist auch eine Form von Gewalt, oder?

Van Baalen: Würde ich so jetzt auch nicht ausdrücken. Ich kann natürlich den Unmut der Menschen verstehen. Ich verstehe es absolut. Ich hätte auch keine Lust darauf, im Stau zu stehen. Niemand hat das. Aber wir haben auch wahrscheinlich alle keine Lust darauf, dass unsere Kinder in eine Welt gesetzt werden, die absolut katastrophal aussieht. Da wird nichts mehr sein mit Wohlstand, mit ruhigen Familien. Wenn überhaupt, dann können sich die Reichsten der Reichen dort noch leisten, den Lebensstil zu leben, den wir gerade haben. Das geht uns eigentlich alle an. Wir müssten alle etwas dagegen tun. Wir haben nachweislich nur noch drei bis vier Jahre, um tatsächlich was zu bewegen. Es ist nicht so, dass ich sagen kann, ich gehe jetzt erst noch in die Politik oder so was, um da was umzusetzen. Dafür bleibt uns einfach nicht mehr die Zeit.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.